



öffentlich

Betreff:

Mieter des GO:IN Golm am Standort halten

Einreicher: Fraktion SPD

Erstellungsdatum 15.09.2014

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

17.09.2014 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, kurzfristig Kontakt zu den von Kündigung bedrohten Unternehmen im GO:IN Innovationszentrum Potsdam Golm aufzunehmen und alle Möglichkeiten zu prüfen, dass diese Firmen Potsdam erhalten bleiben. Folgende Prioritäten sollen dabei gesetzt werden:

1. Unternehmen am Standort Wissenschaftspark Golm halten
2. langfristige Perspektiven schaffen
3. ersatz- /übergangsweise andere Potsdamer Standorte anbieten.

Der Bericht soll der Stadtverordnetenversammlung im November 2014 vorgelegt werden. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt zu prüfen, unter welchen Bedingungen die Erweiterung des GO:IN und die Schaffung von Mietflächenangeboten (Büro und Labor) am Standort Golm möglich ist und welche temporären Lösungen es geben kann, um zügig neue Gewerberäume im Wissenschaftspark Golm zu schaffen. Der Bericht soll der Stadtverordnetenversammlung der Sitzung im Januar 2015 vorgelegt werden.

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Nach acht Jahren Mietzeit laufen jetzt die Verträge der ersten „Pionierfirmen“ im GO:IN aus, ohne dass Alternativen vor Ort bestehen. Die Unternehmen haben sich gut entwickelt, bestehen am Markt, sind als „Unternehmerin des Jahres“ ausgezeichnet worden. Die betroffenen Firmen müssen erkennen, dass Potsdam ein Interesse an ihrem Verbleib in Potsdam hat. Dazu müssen gemeinsam mit der Landesregierung alle Möglichkeiten über einen möglichen zeitlichen Aufschub von 12 Monaten ausgelotet werden. Dadurch bestünde die Möglichkeit mit dem Tag der Kündigung (6 Monate Kündigungsfrist) 18 Monate an Zeit zu gewinnen. In diesem Zeitraum muss eine Alternative geschaffen werden können, damit die jungen, innovativen Unternehmen nicht mangels Alternativen aus der Wissenschaftsstadt Potsdam abwandern. Erfahrungen des Klinikum Ernst von Bergmann, wo jüngst Labore als Module errichtet wurden, oder bei der Schule in Bornim, die ebenfalls in Modulbauweise errichtet werden, könnten zeigen, ob auch in Golm mit dieser Bauweise schnell Abhilfe geschaffen werden kann. Der Vorteil wäre, dass mit den Firmen, deren Verträge im GO:IN auslaufen, erste mögliche Ankermieter bereits vorhanden wären.